

„Wir brauchen eine soziale Wohnbauoffensive“

Klaus Rappert bei Stadtteilgespräch der SPD zu Wohnraumpolitik und Stadtentwicklung

Regensburg. (mib) Dr. Klaus Rappert, SPD-Stadtratsfraktionsvorsitzender, und Anton Sedlmeier, Leiter des Amts für Stadtentwicklung, haben die geplanten und bereits angestoßenen Maßnahmen im Bereich Wohnungspolitik vorgestellt. Auf Einladung von Astrid Enderl, der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Äußerer Westen, diskutierten im Prüfeninger Schlossgarten 20 Bürger mit den Experten über die derzeit angespannte Situation innerhalb der Stadt.

Eigentlich könnte man in Regensburg froh sein. Schließlich boomt die Stadt seit Jahren und viele Menschen, die die Wohn- und Lebensqualität schätzen, versuchen ihr Glück in der Donaustadt. Der Aufschwung der Stadt bringt dabei ein Problem mit sich, das in vielen Städten um sich greift.

Denn dort wo viele Menschen wohnen wollen, gibt es schnell zu wenig Wohnungen. Bei steigender Nachfrage steigen auch die Preise. Der internationale Währungsfonds (IWF) warnt bereits vor der potenziellen Gefahr einer Immobilienblase. Regensburg gehört im bundesweiten Vergleich zu den Städten mit den höchsten Mietpreissteigerungen. Wo die Entwicklung hingeht, ist derzeit nur schwer abzuschätzen. Gleichzeitig versucht die Politik, mit umfangreichen Maßnahmen einer weiteren Mietpreisexplosion entgegenzuwirken.

„Bei Quadratmeterpreisen von oft über zwölf Euro fällt es immer mehr Menschen schwer, eine Wohnung zu finden“, mahnte Klaus Rappert, „daher brauchen wir eine soziale Wohnbauoffensive. Das Problem ist nicht neu, daher sieht die SPD auch dringenden Handlungs-



Klaus Rappert schildert seine Pläne für die Stadtbau GmbH.

Foto: mib

bedarf und plant eine Wohnbauoffensive sowie eine Umstrukturierung der Regensburger Stadtbau GmbH. Die Ideenliste ist lang und umfangreich. So soll künftig die Stadtbau wieder stärker als Bauträger auftreten und neben gefördertem Wohnraum auch Eigentumswohnungen bauen. Rappert denkt an, dass die Stadtbau künftig auch Kindergärten und Kitas baut.

Regensburg wächst um 3000 Einwohner pro Jahr

„Wir wollen Mieten auf maximal zehn Prozent unter dem Mietspiegel begrenzen. Zudem muss die Stadtbau zwar wirtschaftlich arbeiten, Gewinnen zulasten der Mieter erteilen wir aber eine klare Absage.“ Des Weiteren plant man eine Begrenzung bei der Umlegung von Sanierungskosten, was oft zu enormen

Mietsteigerungen führe. Das Grundproblem liege derzeit insbesondere im Zuzug nach Regensburg, wie Rappert erklärte. „Nach wie vor wächst Regensburg jedes Jahr um bis zu 3000 Einwohner, was noch mehr wären, wenn alle eine Wohnung finden würden. Dadurch werden Wohnungen automatisch teurer“, so Rappert.

Die Schaffung von günstigem Wohnraum hat also eine hohe Priorität, zumal auch die Nachfrage nach Sozialwohnungen immer weiter ansteigt. Sedlmeier, der Leiter des Amts für Stadtentwicklung, sagte: „Seit einigen Jahren geht der Bestand an Sozialwohnungen zurück. Gleichzeitig steigt die Nachfrage.“ Neben der Umsetzung der 20-Prozent-Quote an gefördertem Wohnraum sei die Stadt auch sehr engagiert, neue Entwicklungsflächen zu finden. „Wir haben 45 po-

tenzielle Gebiete identifiziert“, ließ Rappert wissen. „Wir müssen den existierenden Leerstand besser nutzen und Gebiete umstrukturieren und nachverdichten. Gleichzeitig können wir einen experimentellen Wohnungsbau anstoßen und durch politische Impulse zeigen, was möglich ist.“

Hier geht es der SPD auch um die Prinz-Leopold-Kaserne im Stadtosten, die noch dieses Jahr erworben werden soll. Ginge es nach dem Stadtrat, würde hier ein urbanes, lebendiges und innovatives Stadtviertel der Zukunft, grün, energetisch und modern, entstehen. Weitere Projekte sind laut Sedlmeier in der Dr.-Leo-Ritter-Straße, der Alfons-Bayerer-Straße und der Kirchmeier-Straße geplant.

Bürger fühlen sich nicht einbezogen

Trotz den vielen Vorhaben und Ideen gab es an diesem Abend von den anwesenden Personen immer wieder kritische Nachfragen und Gegenreden. So sei bei der Einbeziehung der Bürger und der Aufklärung über geplante Maßnahmen einiges nachzuholen, was auch Rappert eingestand. Denn die künftige Entwicklung der Stadt wird auch eine intensive Beteiligung der Bürger mit sich bringen. „Wir müssen eine Entwicklung für die gesamte Stadt angehen und das betrifft dann eben alle. Da müssen wir für viel Verständnis werben“, so der SPD-Politiker.

Die Stadt muss nun umfangreiche Maßnahmen folgen lassen und dafür sorgen, dass die Informationen noch besser bei den Menschen ankommen. Denn Stadtentwicklung betrifft alle.